

MARTIN MEIER
ULI BARTH

Sind unsere freiwilligen Feuerwehren trotz demografischen Wandels »fit für die Zukunft«?

Die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland unterliegt einem anhaltenden demografischen Wandel. Dieser ist u. a. Folge des langfristigen Rückganges der Geburtenrate und der aus der zunehmenden Lebenserwartung resultierenden Veränderung der Alterspyramide unserer Gesellschaft. In bestimmten Regionen wirken sich aber auch epochale Effekte, etwa die ökonomisch bedingte Abwanderung junger Mitbürger nach der »Wende« im Jahr 1989 aus. Zudem sind Veränderungen in der Arbeitswelt hin zu einer deutlich höheren Mobilität (Pendler) zu verzeichnen.

Dieser Wandel macht auch vor der ehrenamtlichen Mitarbeit in den Freiwilligen Feuerwehren als Rückgrat der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr insbesondere im ländlich geprägten Raum und in den Flächenländern nicht halt. Bei vielen Verantwortlichen bildete sich daher in den letzten Jahren eine zunehmende Besorgnis darüber, ob und inwieweit ihre überwiegend aus ehrenamtlichen Kräften bestehenden freiwilligen Feuerwehren durch den demografischen Wandel beeinflusst werden und ob sie demzufolge für die Zukunft personell ausreichend gerüstet sind.

Im Rahmen eines von der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb) geförderten Forschungsvorhabens hat sich die Bergische Universität Wuppertal – Abteilung Sicherheitstechnik dieser Frage gestellt und den Sachverhalt im Rahmen einer Diplomarbeit sicherheitswissenschaftlich untersucht. Die Untersuchung fokussierte sich exemplarisch auf die Gegebenheiten des Landkreises Bautzen im Freistaat Sachsen als Modellregion. Die aus der Untersuchung des Landkreises Bautzen erlangten Erkenntnisse wurden an-



BILD 1: Der Landkreis Bautzen mit seinen Gemeinden

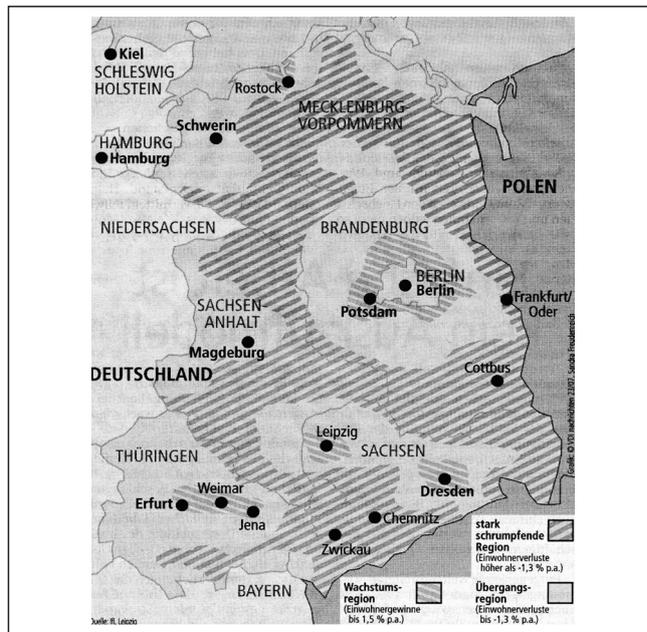


BILD 2: Demografische Entwicklung 2000 bis 2005 in Ostdeutschland (Quelle: IfL Leipzig in vdi nachrichten 8. Juni 2007 Nr. 23 S. 6)

schließend bezüglich ihrer Übertragbarkeit auf andere Regionen beurteilt.

1 Demografische Lage im Landkreis Bautzen

In den Jahren 1990 bis 2005 schwand die Einwohnerzahl des Landkreises Bautzen um rund 23 300 Bürger. Dies entspricht einem Rückgang der Einwohnerzahl von 13,3 %. Ursächlich für den Bevölkerungsverlust ist zum einen die Differenz aus der Zu- und Abwanderung. Hinzu kommt das aus der Differenz von Lebendgeborenen und Verstorbenen entstehende Geburtendefizit. Der Saldo aus Zu- und Abwanderung resultierte in einem absoluten Rückgang von rund 12 500 Einwohnern zwischen 1990 und 2005, wobei die massivsten Abwanderungen auf die ersten beiden Jahren nach der Wende entfielen. Zwischen 1993 und 1997 war sogar wieder eine leichte Zuwanderung zu beobachten. Laut einer Prognose des Statis-

Dipl.-Ing. Martin Meier, zurzeit des Forschungsvorhabens Diplomand am Lehr- und Forschungsgebiet »Methoden der Sicherheitstechnik/Unfallforschung«, Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Klix/Landkreis Bautzen – Univ.-Prof. Dr.-Ing. Uli Barth, Ordinarius des Lehr- und Forschungsgebiet »Methoden der Sicherheitstechnik/Unfallforschung« an der Bergischen Universität Wuppertal – Abt. Sicherheitstechnik und ehrenamtlicher Fachberater für Technik und Organisation der Feuerwehr Dortmund.

tischen Landesamtes wird die Wanderungsbewegung bis 2020 im Saldo weitestgehend ausgeglichen sein.

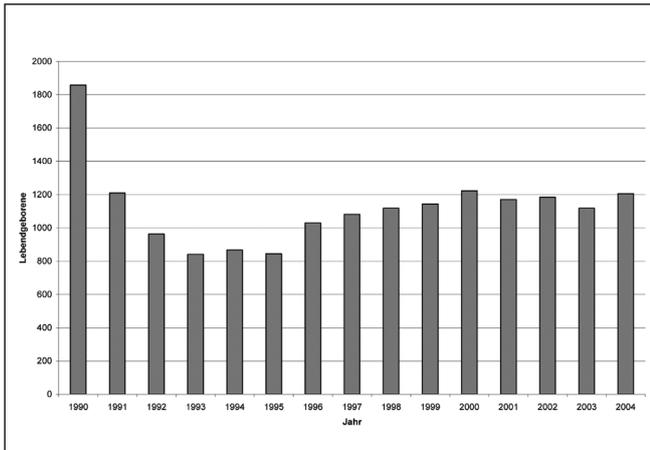


BILD 3: Geburtenentwicklung 1990 bis 2005 im Landkreis Bautzen

Der Saldo aus Lebendgeborenen und Verstorbenen resultierte in einem absoluten Rückgang von rund 10 800 Einwohnern zwischen 1990 und 2005. Für den Zeitraum bis 2020 wird seitens des Statistischen Landesamtes ein Anstieg des Geburtendefizits von derzeit etwa 500 Einwohner jährlich auf etwa 1 100 – 1 200 Einwohner jährlich prognostiziert. Ein hohes Geburtendefizit kann sowohl aus einer geringen Geburtenzahl, als auch aus einer hohen Zahl Verstorbener sowie aus einer Kombination beider Effekte resultieren. Das Geburtendefizit ist dabei vor allem ein Indikator für die Struktur der Bevölkerung, d. h. für das zahlenmäßige Verhältnis junger zu alten Einwohnern.

Für die zukünftige personelle Sicherstellung der Aufgabenbereiche in den Freiwilligen Feuerwehren ist jedoch nicht in erster Linie das Geburtendefizit maßgeblich, vielmehr ist gerade vor dem Hintergrund, dass die Abwanderung tendenziell zum Erliegen kommt, wichtig, wie viele Lebendgeborenen in einem Jahrgang zu verzeichnen sind. Deren Anzahl hat sich nach einem massiven Einbruch auf etwa 800 bis 900 Geburten jährlich zwischen 1992 bis 1995, seit 1997 auf etwa 1 100 – 1 200 Geburten pro Jahr stabilisiert (Bild 3).

2 Entwicklung in den aktiven Abteilungen

Der im Rahmen des Forschungsvorhabens durchgeführte Vergleich der Altersstrukturen im Zeitraum 1998 bis 2005 ermöglicht eine Aussage über die Verweildauer der Feuerwehrangehörigen im aktiven Dienst. Zu diesem Zweck wurde ein Umfragebogen an die Gemeindefeuerleiter des Landkreises Bautzen versendet und statistische Angaben über die Gründe des Personalverlustes zwischen 1995 und 2005 erhoben. Des Weiteren wurde für denselben Zeitraum erfasst, welcher beruflichen Tätigkeit die aktiven Feuerwehrangehörigen an welchen Arbeitsorten nachgingen. Der Umfragebogen wurde von 16 der angefragten 30 Gemeindefeuerwehren beantwortet. Da es sich dabei vorrangig um mitgliederstarke Gemeindefeuerwehren handelte, erfasste die Umfrage insgesamt etwa 61 % aller aktiven Feuerwehrangehörigen. Im Landkreis Bautzen hat die Anzahl der aktiven Feuerwehrangehörigen

zwischen 1995 und 2005 von 3 352 Aktiven auf 3 153 Aktive abgenommen, wobei die Zahl der weiblichen Aktiven von 389 auf 262 sank.

Der Vergleich der Umfrageergebnisse mit den vorliegenden Altersstrukturen erklärt zunächst, wieso der Personalverlust überdurchschnittlich im Bereich der weiblichen aktiven Feuerwehrangehörigen lag. Die vor 1990 in den vorrangig im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes bzw. der häuslichen Brandschutzkontrollen tätigen Frauengruppen wurden nach der Wende oft pauschal den aktiven Abteilungen zugerechnet, erst im Lauf der Jahre wurden nur die tatsächlich im Einsatzdienst tätigen Feuerwehrangehörigen den Aktiven zugerechnet.

Anhand der Umfragebögen Gemeindefeuerleiter wurde die Arbeitssituation der aktiven Feuerwehrangehörigen in »arbeitslos«, »im eigenen Ausrückebereich beschäftigt«, »im Landkreis Bautzen beschäftigt« und »außerhalb des Landkreises Bautzen beschäftigt« in den vergangenen zehn Jahren kategorisiert.

Im Jahr 2005 waren so beispielsweise 44 % der aktiven Feuerwehrangehörigen im Landkreis Bautzen, jedoch außerhalb des eigenen Ausrückebereiches sowie 27 % der aktiven Feuerwehrangehörigen außerhalb des Landkreises Bautzen beschäftigt. Somit stehen in etwa zwei Drittel der aktiven Feuerwehrangehörigen während der üblichen Arbeitszeiten – im Rahmen der Arbeit wurden darunter alle Wochenarbeitsstage zwischen 6 und 18 Uhr gezählt – ihrer eigenen Feuerwehr nicht ausreichend zeitnah zur Verfügung. Eine stichprobenartige Überprüfung der Feuerwehr-

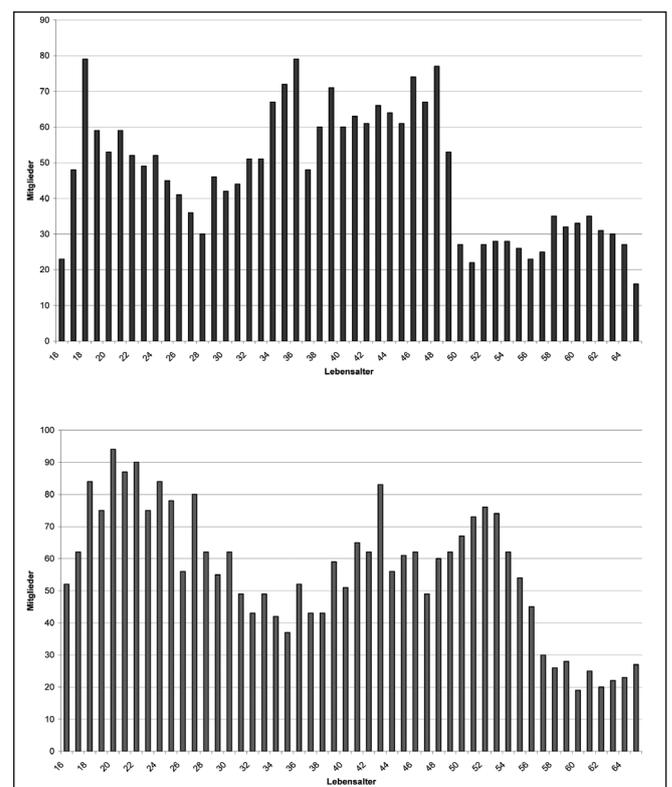


BILD 4: Altersstruktur der aktiven Abteilungen 1998 und 2005

angehörigen, welche im eigenen Ausrückebereich arbeiten – dies entspricht einem Anteil von etwa 19 % aller Aktiven

– ergab, dass von diesen lediglich ein Anteil von rund 50 % auch ausreichend zeitnah an der Arbeitsstelle abkömmlich sind. Die Abkömmlichkeit hängt vor allem von der Art der Tätigkeit ab, d. h. beispielsweise, ob zeitaufwändige Maßnahmen bis zum Verlassen des Arbeitsplatzes erforderlich sind oder ob der Ausfall des einzelnen Arbeitnehmers den gesamten Arbeitsprozess eines Betriebes bzw. Betriebsteiles zum Erliegen bringt. Die Abkömmlichkeit erhöht sich leicht, wenn durch ein detailliertes Alarmstichwort deutlich wird, dass es sich um einen kritischen Einsatz, z. B. mit gefährdeten Menschenleben handelt.

Bemerkenswert bei der Analyse der Arbeitssituation war, dass mit etwa 10 % der Anteil der Arbeitslosen bei den aktiven Feuerwehrangehörigen deutlich unter der Arbeitslosenquote des Landkreises mit 17,5% (Stand 12/2005) liegt.

Anhand der Altersstruktur von 1998 lag zunächst die Vermutung nahe, dass die »Senke« in der Anzahl der Mitglieder im Alter zwischen 20 und 33 Jahren Folge der Abwanderung in andere Regionen, vor allem arbeitsbedingt in die alten Bundesländer ist.

Eine Überlagerung mit der Altersstruktur des Jahres 2005 zeigt jedoch beide Kurven nahezu deckungsgleich, die »Senke« hatte sich lediglich um sieben Jahre verschoben. Es handelte sich dabei folglich um einige mitgliederschwache Jahrgänge, deren Eintrittsdaten in die aktiven Abteilungen zwischen 1984 – 1994 lagen. Ursachen für diesen Mitgliedereintritt liegen im politischen Wandel Ende der 1980er- bzw. Anfang der 1990er-Jahre verbunden mit einer nahezu schlagartigen Abwanderung vor allem junger Menschen. Weitere Ursachen sind in organisatorischen Umstrukturierungen bzw. Schließungen von Ortsfeuerwehren zwischen 1990 und 1994 sowie in der Erhöhung des Eintrittsalters von 16 auf 18 Jahre im Jahr 1990 zu suchen. Der dabei eingetretene Verlust konnte auch beim Wiederabsenken des Eintrittsalters auf 16 im Jahr 1997 nicht kompensiert werden.

Die Deckungsgleichheit der Alterstrukturen ist ein deutliches Indiz dafür, dass im Bereich der aktiven Feuerwehrangehörigen eine Konstanz bei der Mitgliedschaft auch über viele Jahre zu beobachten ist. Dabei lässt sich bei den aktiven Feuerwehrangehörigen keine nennenswerte Migration belegen. Diese Annahme wird ebenfalls in den Umfragebögen Gemeindeführer belegt, auch dort spielen die Abwanderungen im Vergleich zu sonstigen Austritten, Schließungen und Umstrukturierungen von Ortsfeuerwehren sowie dem regulären Übergang in die Alters- und Ehrenabteilungen nur eine untergeordnete Rolle. Durch eine Vielzahl von Übernahmen aus den Jugendfeuerwehren wurde der Altersdurchschnitt in den aktiven Abteilungen von 38,2 Jahren 1998 sogar auf 37,1 Jahre 2005 gesenkt.

Auch die absolute Anzahl der aktiven Feuerwehrangehörigen kann derzeit als ausreichend bezeichnet werden. Im Landkreis Bautzen kommen momentan rechnerisch auf jeden Sitzplatz eines Feuerwehrfahrzeuges im Einsatzdienst 2,8 aktive Feuerwehrangehörige, wobei noch nicht betrachtet wurde, ob überhaupt alle vorhandenen Fahrzeuge auch zwingend erforderlich sind.

Demnach herrscht also definitiv kein Mangel bezüglich der absoluten Anzahl aktiver Feuerwehrangehörigen. Ein Mangel ist hingegen bezüglich der zeitnah verfügbaren Einsatzkräfte zu bestimmten Tageszeiten festzustellen. In diesem Zeitraum – Montag bis Freitag jeweils zwischen 6 und 18 Uhr – finden in etwa 40 % aller Einsätze finden.

3 Entwicklung in der Jugendfeuerwehr

Im Untersuchungszeitraum zwischen 1995 und 2005 waren signifikante Personalbewegungen im Bereich der Jugendfeuerwehren zu verzeichnen. Nach einem Höchststand im Jahr 1998 mit insgesamt 803 Mitgliedern ist die Anzahl der Jugendfeuerwehrangehörigen seitdem stark rückläufig. Im Jahr 2005 bestand die Kreisjugendfeuerwehr nur noch aus 549 Mitgliedern (Bild 5). Bemerkenswert ist dabei, dass in diesem Zeitraum die Anzahl der Mädchen vergleichsweise stabil, nämlich bei etwa 100 – 130 geblieben ist. Da der Geburtenrückgang in den Jugendfeuerwehren erst mit etwa zehn Jahren Verzögerung bemerkbar wird, sind Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge nach 1990 prinzipiell frühestens ab dem Jahr 2000 in den Jugendfeuerwehren erkennbar. Auswirkungen auf die aktiven Abteilungen sind dementsprechend etwa ab dem Jahr 2006 möglich und auch zu erwarten.

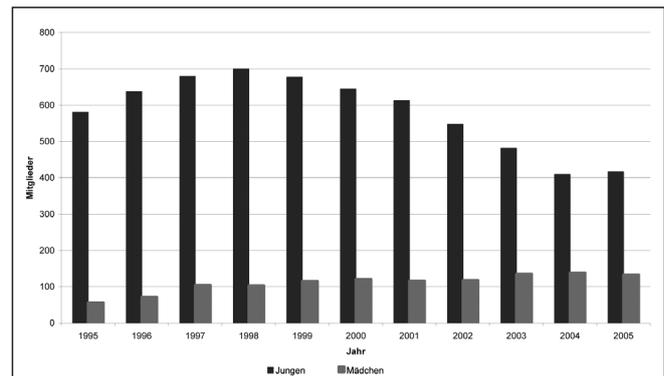


BILD 5: Personelle Entwicklung in den Jugendfeuerwehren

Der Personalrückgang in den Jugendfeuerwehren ist das Ergebnis der Differenz aus den in die Jugendfeuerwehren eingetretenen und den daraus ausgeschiedenen Mitgliedern innerhalb eines Betrachtungszeitraumes. Die Mitgliedschaft in der Jugendfeuerwehr endet dabei entweder durch Austritt - in den seltensten Fällen durch Ausschluss - oder durch Übernahme in die aktive Abteilung bei Erreichen der Altersgrenze. Bei der Analyse der Austrittsgründe wurde festgestellt, dass etwa 47 % der Austritte aus den Jugendfeuerwehren im persönlichen bzw. motivationsbedingten Bereich begründet sind (u. a. »ich keine Lust mehr«, »ich habe jetzt andere Interessen«, »ich engagiere mich nun in einem anderer Verein«, »ich habe kein Interesse an der Übernahme in eine aktive Feuerwehrabteilung«). Betrachtet man das Verhältnis der in die aktiven Abteilungen übernommenen Jugendfeuerwehrangehörigen zu den aus den Jugendfeuerwehren Ausgeschiedenen,

wird deutlich, dass etwa 50 % übernommen werden. Diese Übernahmequote liegt bei Jungen mit rund 55 % erkennbar höher als bei den Mädchen mit rund 39 %.

Der Vergleich der Altersstruktur in den Jugendfeuerwehren aus verschiedenen Jahren zeigt zudem, dass zwar

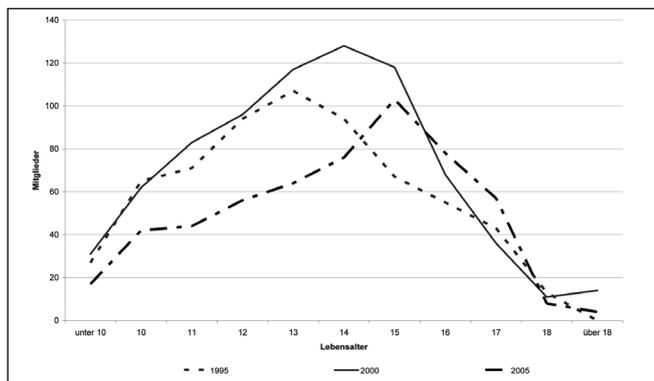


BILD 6: Altersstruktur Jugendfeuerwehr 1995 – 2000 – 2005

eine Verschiebung des Scheitelpunktes, d. h. des Alters der meisten Jugendfeuerwehrangehörigen, hin zu älteren Jahrgängen zu beobachten ist, jedoch handelt es sich dabei nicht um eine Verschiebung, die mit der üblichen Alterung eines Jahrganges korreliert (Bild 6). Dies sind Anzeichen dafür, dass es zwar eine generelle Alterung in den Jugendfeuerwehren gibt, die Mitgliederentwicklung jedoch über alle Jahrgänge hinweg auch einer hohen Fluktuation unterliegt. Während also in den aktiven Abteilungen eine hohe Konstanz der Mitgliedschaft über mehrere Jahre festgestellt werden konnte, war dies in den Jugendfeuerwehren deutlich weniger ausgeprägt.

4 Entwicklung der Einsatzzahlen

Eine Korrelation zwischen der Anzahl der Feuerwehreinsätze und der Einwohnerzahl einer Region liegt nahe. So macht beispielsweise vielfach erst menschliches Tun und Unterlassen, auftretendes Fehlverhalten oder aus dem Wohn- und Arbeitsumfeld resultierende Fehlerquellen den Einsatz der Feuerwehr erforderlich. Folglich sollte mit einer deutlich schwindenden Bevölkerungszahl auch die Anzahl der Feuerwehreinsätze zurückgehen. Die Analyse der Einsatzzahlen und Einsatzstichworte im Landkreis Bautzen zeigte hingegen, dass die Einsatzzahlen seit etwa 1999 tendenziell gestiegen sind. Ursächlich dafür war vor allem der Bereich »Technische Hilfeleistung« – hier wieder im Besonderen Einsätze, welche im Zusammenhang mit Wettererscheinungen stehen. Sofern es also einen Rückgang der durch den Menschen verursachten Feuerwehreinsätze gegeben hat, wurde dieser Effekt durch die Zunahme von wetterbedingten Einsätzen überlagert. Vor dem Hintergrund der zukünftig als Folge des globalen Klimawandels zu befürchtenden Zunahme von Wetteranomalien – und zwar sowohl in der Frequenz des Auftretens als auch in der Stärke der Auswirkungen – ist nach Auffassung der Autoren von einer Zunahme dieses Trends, keines Falles aber von einem entsprechenden Rückgang auszugehen. Der Bedarf an »man power« bei größeren Schadensereignissen bis hin zu Katastrophen besteht folglich unbestritten.

5 Gesamtergebnis

Die Besorgnis bezüglich der mittel- bis langfristigen Sicherstellung der Gefahrenabwehr ist anhand der Untersuchungsergebnisse für die spezielle Situation des Landkreises Bautzen wie folgt charakterisierbar:

6 Sicherstellung der absolute Personalstärke

Die niedrigen Geburtenraten bzw. der Geburtenknick der frühen 1990er-Jahre betreffen auch den Landkreis Bautzen. Allerdings wirken sich dabei einige Faktoren positiv auf die Folgen des Geburtenrückgangs in den Feuerwehren aus. Dies begründet sich in dem Umstand, dass sich die Feuerwehren infolge der 10- bzw. 16-Jährigen Verzögerung zwischen Geburt und dem Eintritt in Jugendfeuerwehr als auch dem späteren Eintritt in eine aktive Abteilung langfristig auf diesen Wandel einstellen können. Positiv wirkt sich ebenfalls aus, dass sich die Geburtenzahlen ab 1996 wieder stabilisierten, und die Jugendfeuerwehren bereits jetzt Mitglieder aus diesen Geburtsjahrgängen rekrutieren können. Vor dem Hintergrund, dass etwa 3 – 5 % eines Jahrganges Mitglieder in den Jugendfeuerwehren sind und dieser Anteil auch in Zeitabschnitten rückläufiger Geburtenzahlen stabil war, wird deutlich, dass noch ein erhebliches Rekrutierungspotenzial vorhanden ist, das mobilisiert werden kann. In den Jahren nach etwa 2020 muss jedoch mit einem »Echo-Effekt« gerechnet werden, d. h., Kinder die nach 1990 nicht geboren wurden, können auch nach 2020 keine Eltern werden.

Von der Abwanderung waren die Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises Bautzen nur in sehr geringem Maß betroffen. Gründe wie nicht abwanderungsbedingte Austritte, Personalverlust durch organisatorische Umstrukturierungen bzw. Schließungen von Ortsfeuerwehren und der turnusmäßige Übergang in die Alters- und Ehrenabteilung rangieren beim vorhandenen Personalverlust ursächlich z. T. deutlich vor der Abwanderung. Auch in Zukunft wird mit vereinzelt abwanderungsbedingten Mitgliederreduzierungen zu rechnen sein, was mit angemessenem Aufwand auch nicht vermieden werden kann. Dennoch gestaltet sich die Lage insgesamt und auch vor dem Hintergrund der Prognose des Statistischen Landesamtes, wonach die Wanderung 2020 im Saldo weitgehend ausgeglichen sein wird, sehr viel weniger dramatisch als bislang vielfach befürchtet und als »Schreckgespenst Abwanderung« publiziert und propagiert.

Vor allem in den Jugendfeuerwehren, aber auch in den aktiven Abteilungen gibt es Anzeichen für Motivationsdefizite. Die Anzahl der Austritte unterstreichen dies ebenso wie die vergleichsweise geringe Übernahmequote. Die Autoren stellen sich diesbezüglich die Frage, inwieweit hierbei der Wunsch zur ungebundenen individuellen Lebensgestaltung für den Einzelnen im Vordergrund und damit im Gegensatz zu einem ehrenamtlichen Engagement als Mitglied einer Sozialgesellschaft steht. Vor allem medienwirksame und spektakuläre Großschadenslagen wie das Augusthochwasser 2002 im Freistaat Sachsen zeigen, dass eine grundsätzliche Bereitschaft, in extremen Notlagen anderen Hilfe zu leisten, vorhanden ist. Der Dienst in einer Feuerwehr oder Hilfsorganisation wird von diesen »Spontan-

Helfern« dennoch aufgrund der regelmäßigen Verpflichtungen, möglicher Weise auch aufgrund der nicht erkennbaren bzw. vermittelten Sinnhaftigkeit abgelehnt.

7 Sicherstellung der Tagesalarmbereitschaft

Die Untersuchung deckt allerdings bereits gegenwärtig als auch für die Zukunft einen Mangel bezüglich der Tagesalarmsicherheit auf. Im Mittel sind zu den üblichen Arbeitszeiten unter günstigen Bedingungen höchstens rund 30 % der aktiven Feuerwehrangehörigen in der Lage im Alarmfall ausreichend zeitnah am Feuerwehrstandort einzutreffen. Dieser Wert unterliegt starken Schwankungen in Abhängigkeit der strukturellen Bedingungen des jeweiligen Ortes. So müssen beispielsweise reine Wohngegenden ohne nennenswerte Industrie-, Gewerbe- oder Tourismusansiedlung und damit verbundene Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausrückebereich weitaus geringere Verfügbarkeiten in Kauf nehmen.

8 Mittelfristige Lösungsansätze für den Landkreis Bautzen

Ziel des Forschungsvorhabens war es von Anfang an nicht – konnte es auch nicht sein – eine universell gültige Lösung zu finden. Vielmehr wurden verschiedene Lösungsansätze für den mittel- und langfristigen Zeitraum aufgezeigt und analysiert.

Einige dieser Ansätze – bei weitem nicht alle neu und eigens entwickelte Ideen des Verfassers seien exemplarisch im Folgenden kurz aufgeführt.

Mittelfristig muss davon ausgegangen werden, dass die rechtlichen Regelungen und Schutzzielvorgaben als politischer Wille Bestand haben. Im Freistaat Sachsen wird per Empfehlung des Staatsministeriums des Innern (SMI) auf Basis des Modells »Kritischer Wohnungsbrand« als Grundschutz das Eintreffen einer Löschgruppe (1/8) neun Minuten nach Alarmierung gefordert, welche nach weiteren fünf Minuten durch eine Staffel (1/5) unterstützt wird.

Grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten wären nun beispielsweise den in der zur Verfügung stehenden Eintreffzeit erreichbaren Bereich eines personalstarken Standorts zu vergrößern. Die Erhöhung der durchschnittlich erreichbaren Fahrgeschwindigkeit bietet dabei lediglich bei Ersatz von Fahrzeugen aus DDR-Produktion ebenso geringe Möglichkeiten, wie auch die Ausrückzeit mit vertretbarem Aufwand nicht beliebig zu senken ist. Die Gesprächs- und Dispositionszeit, welche in den Grundlagen zur Empfehlung des SMI mit 0,5 Minuten (!) angesetzt ist, ist damit ausreichend optimistisch abgeschätzt – weitere Zeitvorteile sind hier vernünftigerweise nicht zu erwarten.

Zwingend erforderliche Standorte könnten personell gestärkt werden. Dabei ist es sowohl erforderlich, die Jugendarbeit dahingehend qualitativ zu verbessern, dass zum einen mehr als 3 bis 5 % eines Jahrgangs für die Jugendfeuerwehren gewonnen werden müssen und zum anderen davon deutlich mehr als 50% der Jugendfeuerwehrangehörigen in die aktiven Abteilungen wechseln. Der persönlichen, fachlichen und pädagogischen Eignung der Jugendfeuerwehrwarte kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Zudem müssen stärkere Ver-

knüpfungen zwischen Jugendfeuerwehren und aktiven Abteilungen hergestellt werden, um den Übergang attraktiv zu gestalten.

Bei der direkten Werbung von Einwohnern für die Feuerwehr sollte die gezielte Anwerbung eines »Wunsch-Kandidaten« einer breiten allgemein gehaltenen Werbung bevorzugt werden. Ideal wären beispielsweise in Gerätehausnähe wohnende oder arbeitende Einwohner aus stabilen privaten und beruflichen Verhältnissen, mit deren dauerhaftem Verbleiben am Ort zu rechnen ist. Dabei muss individuell überlegt werden, wie Anreize für diesen Personenkreis aussehen könnten. Ein reines Anheben der absolut ohnehin als ausreichend zu betrachtenden Personalstärke durch »wahllose« Aufnahmen in die aktiven Abteilungen, wird nicht zwangsläufig dazu beitragen, die Tagesalarmsicherheit zu verbessern.

Die Personalstärke durch Zwangsverpflichtungen anzuheben, wird – wenngleich die gesetzliche Grundlage dazu vorhanden ist – am Einfallsreichtum derer scheitern, welche gegen ihren Willen und ohne jegliche Motivation zwangsverpflichtet werden. Plötzlich auftretende Erkrankungen, zufällig vorliegende Alkoholisierung im Alarmfall oder Verhalten im Ausbildungsdienst, welches an der erforderlichen geistigen Reife zweifeln lässt, sind nur einige der Möglichkeiten.

Der Ansatz, in eine Kommune einpendelnde Feuerwehrangehörige in den Tagesbetrieb einzugliedern bietet sicherlich Vorteile wie beispielsweise die bereits vorhandene Ausbildung, muss jedoch auch kritisch betrachtet werden. Die dafür bereitgestellte Internetdatenbank PETRA (www.feuerwehrbedarfsplan.de) kann nur dann ein nützliches Instrument sein, wenn eine Vielzahl von Kommunen diese nutzen. Des Weiteren muss auch damit gerechnet werden, dass es Kommunen gibt, die mangels einpendelnder Feuerwehrangehöriger nicht davon profitieren können. Tendenziell werden so die Kommunen gestärkt, in welchen Arbeitsplätze angesiedelt sind, d. h., welche bereits eine höhere Tagverfügbarkeit haben als Kommunen, die reine Wohngegenden sind.

Die Addition von Kräften an der Einsatzstelle im Rendezvous-Verfahren erfordert, um in der erforderlichen Eintreffzeit ausreichend Kräfte zur Verfügung zu haben, eine höhere Wachdichte als die im Grundschutz zwingend erforderlichen Standorte. Darüber hinaus müssen die Alarm- und Ausrückordnungen angepasst werden, im Bereich der Ausbildung ist eine enge Zusammenarbeit der sich gegenseitig ergänzenden Einheiten erforderlich.

Die hauptamtliche Absicherung des Brandschutzes während der tagesalarmschwachen Zeit wird in der Fläche bei Beibehaltung der vergleichsweise kurzen Eintreffzeiten keine geeignete Lösung sein, da daraus vergleichsweise hohe Wachdichten resultieren. Zur Abdeckung des Landkreises Bautzen wäre es erforderlich, mindestens sechs Standorte tagsüber hauptamtlich zu besetzen. Selbst wenn diese jeweils »nur« eine Staffel zu Einsatz brächten, liefen je nach Vergütung des Personals nach Schätzung der Autoren allein dafür Kosten in Höhe von bis zu 3,7 Millionen Euro jährlich auf. Demgegenüber stünde eine extrem geringe Einsatzbelastung für den einzelnen Standort.

Beim Einsatz nebenamtlich Beschäftigter ergeben sich im Grundsatz zwei Möglichkeiten. Die Vergütung der tat-

sächlich erbrachten Einsatzleistung motiviert zwar unter Umständen den ehrenamtlich Tätigen, ist jedoch nicht geeignet, eine Verfügbarkeit zu garantieren. Dagegen stellt eine Pauschalzahlung verbunden mit Auflagen für einen Bereitschaftszeitraum zwar vergleichsweise verlässlich eine Verfügbarkeit sicher, jedoch fallen hierbei auch Kosten an, ohne dass irgendeine Einsatzleistung erbracht wurde.

9 Langfristige Lösungsansätze für den Landkreis Bautzen

Die langfristigen Lösungsansätze wurden bewusst losgelöst derzeitiger rechtlicher Regelungen und Schutzziele betrachtet. Zunächst war angedacht eine pekuniäre Summe zu ermitteln, bis zu der eine Feuerwehr noch als wirtschaftlich zu betrachten ist. Basis der Betrachtung sollte sein, dass die Aufwendungen für eine Feuerwehr stets kleiner sein sollen als der durch sie vermiedene Schaden. Während der vermiedene Sachschaden bei Feuerwehreinsätzen für einen definierten Zeitraum im Landkreis wahrscheinlich mit erheblichem Aufwand hätte annähernd ermittelt werden können, fand sich kein brauchbarer Ansatz für die pekuniäre Bewertung eines geretteten Menschenlebens. Es ist den Verfassern ebenso wenig wie zahlreichen anderen in der Vergangenheit gelungen, eine fundierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen bzw. einen finanziellen Grenzwert für Aufwendungen für die Feuerwehren festzulegen.

Drei langfristige Lösungsansätze seien an dieser Stelle vorgestellt. Während die ersten beiden Maßnahmen an den Möglichkeiten zur Intervention im Ereignisfall ansetzt, zielt die dritte auf die Prävention ab.

10 Einsatz von Hubschraubern als Personalzubringer

Im Rahmen des ersten Lösungsansatzes wurde betrachtet, inwieweit alternative Transportmittel mit vergleichsweise hohen Durchschnittsgeschwindigkeiten für hauptamtliches Einsatzpersonal in Frage kommen, da damit ein relativ großer Ausrückebereich abgedeckt werden könnte.

Auf der Fachmesse »FLORIAN 2006« in Dresden wurde erstmals der Einsatz von Hubschraubern als Zubringer von Personal als Lösungsansatz bei Personalmangel in der Fläche vorgestellt [1]. Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurde dieser Ansatz hinsichtlich seiner generellen Umsetzbarkeit geprüft sowie einer Kostenschätzung unterzogen.

Nachfolgend erläutertes Modell soll dabei die alarm-schwachen Tageszeiten, d. h. Montag – Freitag von 6 – 18 Uhr abdecken, abends/nachts und am Wochenende wird der Brandschutz bzw. die Gefahrenabwehr komplett durch die Freiwilligen Feuerwehren wie bisher ehrenamtlich abgesichert. Eckpunkte des Modells sind, dass ein Hubschrauber vier Atemschutzgeräteträger, einen Einheitsführer und eine Basisausrüstung (betrifft vor allem Atemschutzgeräte und Überwachungstechnik) zu einem Landeplatz bringt und dort von einem durch die örtliche Feuerwehr zu besetzendes Mannschaftstransportfahrzeug zum Einsatzort gebracht wird, sofern nicht ausreichend nah an

der Einsatzstelle gelandet werden kann. Ein ebenfalls von der örtlichen Feuerwehr mit einem Maschinisten zu besetzendes Tanklöschfahrzeug/Löschgruppenfahrzeug komplettiert diese Einheit als Löschmittel- und Geräteträger. Ausgehend von einer Eintreffzeit von zehn Minuten verbleiben nach Abzug der Zeiten für Start, Landung, Verladung ins Mannschaftstransportfahrzeug und Zubringerfahrt zur Einsatzstelle fünf Minuten reine Flugzeit. In dieser Zeit könnte mit einer durchschnittlichen Flugeschwindigkeit von 230 km/h etwa ein Radius von 19 km erreicht werden. Der Landkreis Bautzen wäre damit bei zentraler Stationierung des Zubringerhubschraubers weitestgehend abgedeckt. Da die Staffel des Hubschraubers zu allen kritischen Einsätzen (zum Beispiel Wohnungsbrand, Verkehrsunfall mit eingeklemmter Person) fliegen soll, wäre das hauptamtliche Personal bei etwa 200 kritischen Einsätzen im tagesalarmschwachen Zeitraum pro Jahr ausgelastet, zudem stellt sich eine deutlich höhere Einsatzroutine ein. Es ist mit etwa 20 witterungsbedingten Ausfalltagen pro Jahr zu rechnen.

Das »Gesamtpaket« Zubringerhubschrauber kostet bei 200 kritischen Einsätzen (entspricht ca. 60 Flugstunden) inklusive Personalkosten Pilot und Staffel, Wartung usw., Treibstoff sowie Leasingkosten für den Hubschrauber

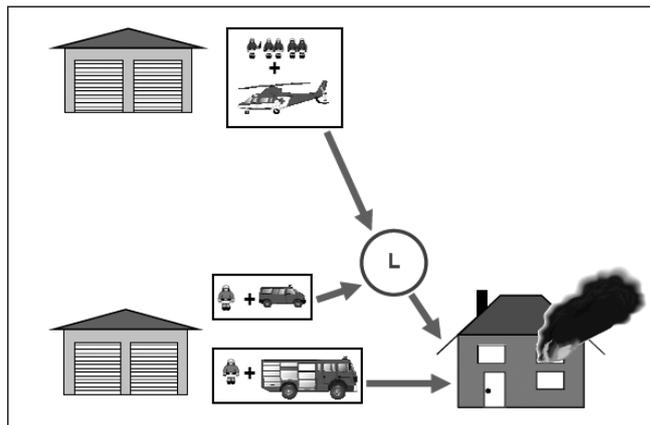


BILD 7: Rendezvousystem aus Zubringerhubschrauber, MTF und (T)LF

schätzungsweise etwa 1,1 Millionen Euro jährlich. Heruntergerechnet auf die Pro-Kopf-Kosten wäre für den Landkreis Bautzen die Sicherstellung der Tageseinsatzbereitschaft mit einem Kostenaufwand von etwa acht Euro pro Einwohner und Jahr umsetzbar.

11 Alternative Schutzziele

Im Forschungsvorhaben wurden als tatsächlich kritische Einsätze retrospektiv all diejenigen berücksichtigt, bei denen im Einsatzbericht eine Menschenrettung oder Todesopfer zu verzeichnen waren. Dabei fiel auf, dass sowohl bei den laut Jahresstatistik Feuerwehr geretteten Menschenleben, als auch bei den Todesopfern die Einsätze der Technischen Hilfe, vor allem die Verkehrsunfälle, weit vor den Brandeinsätzen rangierte. So wurde beispielsweise im Landkreis Bautzen im Jahr 2005 ein (!) Menschenleben bei einem Brandeinsatz gerettet, d. h. es gab im gesamten Landkreis in einem Jahr lediglich einen einzigen Lösch-

Einsatz, der dem »kritischen Wohnungsbrand«, wohlge-merkt dem Bemessenszenario für Freiwillige Feuerwehren nicht nur im Freistaat Sachsen, entsprochen haben könnte. Es kann somit gesagt werden, dass die Feuerwehren in der Fläche weitestgehend an der Einsatzrealität vorbei bemessen werden. Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurde ein alternatives Schutzziel zur Bemessung von Feuerwehren in der Fläche – der Rettungs-Einsatz bei einem »kritische Verkehrsunfall mit einer eingeklemmten Person« – umrissen. Der Ansatz ist es sicherlich wert, im Rahmen weiterer Arbeiten, welche detailliertere Einsatzablaufanalysen ebenso beinhalten sollten wie die Fragestellung, ob die Feuerwehren in der Lage sind, eine Rettung im Rahmen der so genannten »Golden Hour of Shock« durchzuführen, intensiver beleuchtet zu werden.

Der Kräftebedarf beim »Kritischen Verkehrsunfall mit einer eingeklemmten Person« wurde der Standardeinsatzregel (SER) »Technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen« von Südmersen/Cimolino/Heck [2] entnommen, zur Erfüllung aller Einsatzmaßnahmen sind danach 14 Einsatzkräfte Feuerwehr sowie 4 Einsatzkräfte Rettungsdienst erforderlich. Diese SER liefert dabei sowohl Lösungsansätze im Sinne einer Aufgabenverteilung nach Prioritäten für den Fall, dass die ersteintreffende Einheit eine Staffel ist, als auch für den Fall, dass es sich dabei um eine Gruppe handelt.

Ansatzpunkt für die erste Eintreffzeit war in der Forschungsarbeit das zeitgleiche Eintreffen mit dem Rettungsdienst – im Freistaat Sachsen nach zehn Minuten Fahrzeit für den Rettungsdienst, d. h., etwa elf bis zwölf Minuten nach Alarmierung. Der Freiwilligen Feuerwehr verblieben demnach bei den üblichen fünf Minuten Ausrückezeit rechnerisch sechs bis sieben Minuten Fahrzeit zur Einsatzstelle.

Auch wenn weiterhin Szenarien aus dem Bereich der Brandbekämpfung für die Bemessung der Freiwilligen Feuerwehren genutzt werden sollen, ist es erforderlich, diese gemäß dem von der örtlichen Bebauung ausgehenden Brandrisiko zu staffeln. Die bloße Übernahme eines Szenarios aus dem großstädtischen Bereich zur Bemessung von Feuerwehren im ländlichen Bereich, wie bei Anwendung des Modells »Kritischer Wohnungsbrand« vielfach geschehen, ist dabei sicherlich keine Lösung. Vernünftigerweise wird es in weiten Teilen des ländlichen Raumes, besonders dort wo der Zersiedlungsgrad so hoch ist, dass keine nennenswerten zusammenhängenden dörflichen Strukturen erkennbar sind, zu gesellschaftlich akzeptierten Kosten nicht möglich sein, eine hinsichtlich der Eintreffzeit und der Funktionsstärke mit der Berufsfeuerwehr einer Großstadt vergleichbare Gefahrenabwehr sicherzustellen. Aus der Sicht der Autoren erscheint es daher auch als zwingend erforderlich die seinerzeitige ORBIT-Studie im Jahre 1978, auf deren Ergebnisse das Modell »Kritischer Wohnungsbrand« bis heute basiert, zu überprüfen bzw. nach nunmehr fast 30 Jahren neu aufzulegen.

12 Prävention durch flächendeckenden Einsatz von Rauchwarnmeldern

Im Rahmen des präventiven Lösungsansatzes wurde die Möglichkeit einer frühzeitige Branderkennung

und damit verbundenen Warnung, beispielsweise durch flächendeckenden Einsatz von Rauchwarnmeldern betrachtet. Die Ausschöpfung des präventiven Optimierungspotentials hätte gleich mehrfachen Nutzen. Der Brand wird bereits sehr zeitig in seiner Entstehungsphase erkannt und die in der betroffenen Nutzungseinheit befindlichen Bewohner werden gewarnt. Sie können sich selbst in Sicherheit bringen, Nachbarn warnen und den Brand zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Feuerwehr melden. Der Personenschutz wäre dabei über die Selbstrettung weitestgehend gewährleistet. Der Feuerwehr wäre im abwehrenden Bereich »nur noch« für die Verhinderung der Ausweitung des Feuers und Brandbekämpfung zuständig. Für diese Aufgaben wird sich zum einen eventuell der Kräftebedarf an der Einsatzstelle reduzieren, zum anderen könnten ggf. die zulässigen Eintreffzeiten erhöht werden. Das Aufgabenfeld der Feuerwehr bekommt dabei als weiteren Schwerpunkt Brandschutzerziehung und -aufklärung quasi als Anleitung zur Selbsthilfe hinzu. Letztere sind aber nicht »zeitkritisch« in dem Sinne, da die entsprechenden Präventivmaßnahmen nicht direkt an das Ereignis gekoppelt sind. Sie lassen sich daher mit Überlegung organisieren und auch durch solche versierte bzw. erfahrene Kräfte durchführen, die – beispielsweise aus physiologischen oder Altersgründen – nicht mehr aktiv im Einsatzgeschehen verwendet werden können.

Interessant sind auch die mit diesem Präventivansatz bewirkbaren weitergehenden Synergien bezüglich einer generellen Befähigung der Bürger im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr. Eine systematische und sorgfältig initiierte Re-Aktivierung der Selbstschutzfähigkeit und Nachbarschaftshilfe würde die Bürger und Bürgerinnen in den Landgemeinden über den Brandfall hinaus für weitere Gefahrenlagen befähigen. Beispielfhaft sei in diesem Zusammenhang an den Stromausfall im westfälischen Münsterland als Folge eines Sturmes im Winter 2005 oder an den jüngsten Ausfall des Telefonnetzes in der hessischen Gemeinde Rabenau als Folge des Streiks bei der Telekom im Mai 2007 erinnert.

13 Erkenntnisse und Empfehlungen für die Verantwortlichen anderer Landkreise

Damit auch die Verantwortlichen anderer Regionen eine individuelle Lagebeurteilung durchführen und allfällige Lösungsansätze entwickeln können, wurde unter Berücksichtigung der aus dem Forschungsvorhaben und der Untersuchung der speziellen Situation des Landkreises Bautzen erarbeiteten Erkenntnisse folgendes allgemein anwendbare Schema in Form eines Stichwortkataloges mit einfachem Priorisierungsmodus (»Ampel-Rating«) entwickelt, unter dessen Zuhilfenahme zum einen überprüft werden kann, ob in einem Landkreis die Notwendigkeit für langfristige Optimierungsmaßnahmen gesehen werden und sofern dies der Fall ist, durch die Verantwortlichen ein entsprechender Prozess zur Identifizierung und Priorisierung möglicher Lösungsansätze gestartet werden kann.

Dabei sollte zunächst festgestellt werden, ob Anzeichen für bestehende oder sich abzeichnende Probleme aus demografischen oder strukturellen Gründen im Verantwortungsbereich vorhanden sind. Anhand einiger weniger Fragen, wie beispielsweise der folgenden, ist dies bereits möglich:

- Gibt es signifikante Wanderungsverluste im Verantwortungsbereich?
- Sinken die Geburtenzahlen im Verantwortungsbereich deutlich oder bewegen sie sich auf niedrigem Niveau?
- Gibt es strukturelle Bedingungen, die das Auspendeln einer Vielzahl von Arbeitnehmern begünstigen? (reine Wohngegenden)
- Gibt es einen personellen Rückgang in den Jugendfeuerwehren?
- Gibt es einen personellen Rückgang in den aktiven Abteilungen?
- Steigt das Durchschnittsalter in den Jugendfeuerwehren oder den aktiven Abteilungen?

Hinsichtlich der zukünftigen Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehr in ihrem Landkreis wird empfohlen, anhand des nachfolgend aufgeführten – nicht abgeschlossenen Stichwortkataloges - zu prüfen, welche Optimierungsansätze für ihre individuelle Situation weiter verfolgt werden sollten. Der Stichwortkatalog kann individuell – beispielsweise auf Grundlage eines Brainstorming-Prozesses – ergänzt werden. Ausgehend von dem einzelnen Stichwort können anschließend Maßnahmen – getrennt nach präventiver oder intervenierender Wirkung – ausformuliert und entsprechend ihrer Realisierbarkeit beurteilt werden. Bei der Beurteilung der Realisierbarkeit können Aspekte wie Investitionskosten, Personalkosten etc. berücksichtigt werden. Jede einzelne Realisierungsmaßnahme wird

abschließend hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit bzw. Geeignetheit als gering (rot), mittel (gelb) oder hoch (grün) eingeschätzt. Die als »hoch« eingeschätzten Realisierungsmaßnahmen können anschließend detailliert ausgearbeitet werden. Die bereits in den Stichwortkatalog eingetragenen Ansätze sind der Forschungsarbeit entnommen – eine individuelle Erweiterung ist dabei ausdrücklich erwünscht.

14 Schlusswort

Das im Auftrag der vfdb bei der Bergischen Universität Wuppertal durchgeführte Forschungsvorhaben hat bestätigt, dass die personellen Sicherstellung der Gefahrenabwehr durch die Freiwilligen Feuerwehren einen wichtigen Aufgabenbereich darstellt, der vorausschauend, sachkompetent und kreativ zu betreiben ist. Ferner hat sich gezeigt, dass sich die tatsächlichen Ursachen und Effekte nicht immer so darstellen, wie zunächst angenommen und vielfach befürchtet. Die Situationen innerhalb strukturell unterschiedlicher Kommunen des ländlichen Raumes differieren vergleichsweise stark. Die spezielle Situation vor Ort ist daher im Einzelfall zu analysieren und durch die Verantwortlichen zu beurteilen. Auf dieser Grundlagen lassen sich dann gezielten Anstrengungen initiieren, und zwar vor allem in den Bereichen, in denen zielführend und realistisch etwas bewirkt werden kann – es sei an die sich abzeichnenden Probleme im Bereich der Motivation zur

Interventionsmaßnahmen			
Vergößerung des Ausrückbereichs personalstarker Standorte durch: - Verkürzung der Detektionszeit (zugleich präventiv) - Senkung der Gesprächs- und Dispositionszeit - Senkung der Ausrückzeit			
Personelle Stärkung zwingend erforderlicher Standorte - Gezielte Anwerbung - Einsatz kommunaler Beschäftigter - Jugendfeuerwehr personell stärken - Übernahmequote aus Jugendfeuerwehr erhöhen - Dienstverpflichtung von Einwohnern - Einsatz einpendelnder Feuerwehrangehöriger - Erhöhung des Anteils von Frauen - Erhöhung des Anteils ausländischer Bürger			
Einsatz nebenamtlich beschäftigter Einsatzkräfte			
Einsatz hauptamtlich beschäftigter Einsatzkräfte			
Addition der Einsatzkräfte im Rendezvousverfahren - Parallele Alarmierung mehrerer Standorte - Schaffung reiner Zubringerstandorte			
Einsatz eines Hubschraubers als Personalzubringer			
Präventivmaßnahmen			
Flächendeckender Einsatz von Rauchwarnmeldern in Verbindung mit Präventivmaßnahmen in Brandschutzerziehung und -aufklärung			

TABELLE 1: Stichwortkatalog mit Priorisierungsmodus zur Prüfung der Umsetzbarkeit von Lösungsansätzen

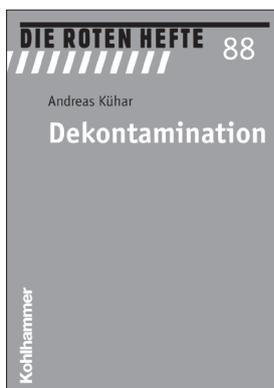
ehrenamtlichen Tätigkeit erinnert. So wird es möglich sein das System »Ehrenamt« in den Freiwilligen Feuerwehren fit für die Zukunft zu machen. Die in ländlichen Räumen Verantwortlichen sollten daher auch vor zunächst scheinbar unkonventionellen Ansätzen keines Falles übereilt absehen, vielmehr sollten sie im Rahmen gemeinsam entwickelter Kreativität und persönlichem Geschick wirksame Lösungen herausarbeiten und diese realisieren. Die Autoren sind davon überzeugt, das diesbezüglich noch eine Vielzahl neuer Lösungen möglich sein wird um ihre Freiwillige Feuerwehr »fit für die Zukunft zu halten« und absolut kein Anlass für die Verantwortlichen dafür besteht, vor dieser Zukunft zu resignieren!

15 Referenzen

- 1 Vortrag von Dipl.-Ing. Uwe-Wolf Lülff, Organisation Schichtdienst & Gefahrenabwehrplanung der Rinke Unternehmensberatung GmbH Wuppertal
- 2 Südmersen/Cimolino/Heck: Standardeinsatzregel (SER): Technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen, ecomed-Verlag, 2007

Die Autoren danken der vfdb, insbesondere Herrn Dipl.-Phys. Hans Jochen Blätte für die finanzielle Förderung des Forschungsvorhabens. Weiterer Dank ist an den Landkreis Bautzen, vertreten durch Herrn Landrat Michael Harig und den Leiter des Ordnungsamtes Herrn Manfred Pethran, zu adressieren.

Anzeige



Andreas Kühlar

Neu!

Dekontamination

2007. 154 Seiten. Kart. € 10,-
ISBN 978-3-17-019459-5
Die Roten Hefte Nr. 88

Bis in die 1990er-Jahre war die Dekontamination als Aufgabe der ABC-Züge auf den Katastrophenschutz beschränkt. Heute zählen Dekontaminations-Maßnahmen zu den grundsätzlichen Aufgaben im ABC-Einsatz. Nicht zuletzt aktuelle Ereignisse, wie das Auftreten der Vogel-Grippe, zeigen, dass ein ABC-Einsatz ohne Dekontamination heute nicht mehr denkbar ist. Ziel dieses Roten Heftes ist es, neben der Vermittlung der wesentlichen wissenschaftlichen Grundlagen, praktikable Möglichkeiten der Dekontamination aufzuzeigen, die mit den vorhandenen Mitteln der Feuerwehren durchführbar sind.

Der Autor: Major Dipl.-Chem. Andreas Kühlar ist ABC-Abwehroffizier und lehrt an der ABC- und Selbstschutzhule der Bundeswehr in Sonthofen.



www.rote-hefte.de

W. Kohlhammer GmbH · Verlag für Feuerwehr und Brandschutz · 70549 Stuttgart · Tel. 0711/7863 - 7280 · Fax 0711/7863 - 8430